

Erich Vad war bis 2013 Militärberater der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel. Heute kritisiert der Brigadegeneral a.D. die Bundesregierung für ihren Kurs in der Ukrainefrage. Am Montag erscheint sein neues Buch „Abschreckend oder erschreckend? Europa ohne Sicherheit“. Darin geht es um die Ukraine, das Verhältnis zu Russland, die Nato und künftige Konfliktherde. Die Berliner Zeitung hat mit ihm gesprochen.

Herr Vad, Frankreich und Großbritannien, zuletzt auch die USA und Deutschland, haben sich dafür ausgesprochen, dass die Ukraine mit westlichen Waffen Ziele im russischen Hinterland beschießen darf. Ist das gerechtfertigt?

Um die ukrainische Verteidigung ist es derzeit im Raum Charkiw nicht gut bestellt. Rein militärisch betrachtet wäre es folgerichtig, die rückwärtige Kampfzone in die eigene Operationsführung einzubeziehen. Darum nur geht es. Die Freigabe ist regional begrenzt. Die USA und auch die Bundesregierung wollen keine Ausweitung der Kampfzone unter Einbeziehung Russlands. Das Problem ist: Präsident Wolodymyr Selenskyj steht politisch wie militärisch massiv unter Druck. Nur für ihn und sein politisches Überleben wäre eine Eskalation des Krieges hilfreich.

Und: Vor kurzem noch hat die Ukraine – neben der Beschließung auch ziviler russischer Infrastruktur im Raum Belgorod – russische Radarstationen, die zum nuklearen Frühwarnsystem der Russen gehören, über 1000 Kilometer tief in Russland angegriffen und zerstört. Solche Schläge gegen Ziele im russischen Hinterland haben ein immens hohes Eskalationsrisiko, wenn sie gegen Anlagen der Nuklearstreitkräfte geführt würden. Auch deshalb wäre die Lieferung von Taurus-Raketen aus Deutschland verantwortungslos.

Die Ukraine mit weitreichenden Waffen auszustatten, wäre ein weiterer Eskalationsschritt. Würde es den Kriegsverlauf entscheidend beeinflussen?

Wenn die Ukraine den Krieg zu ihren Gunsten beenden könnte, wäre dagegen nichts einzuwenden. Aktuell aber ändert selbst der Einsatz fremder, weitreichender Waffen nichts an der für die Ukraine schlechten militärischen Lage entlang der mehr als tausend Kilometer langen Frontlinie. In der Region Charkiw etabliert die russische Armee derzeit eine zehn bis 15 Kilometer tiefe Pufferzone, auch um Angriffe der Ukraine auf das eigene Territorium abzuwehren. Luftschläge auf das russische Hinterland haben für die ukrainische Regierung den politischen Vorteil, dass sie medial Erfolge vorweisen kann. Aber sie ändern nichts an der militärischen Gesamtlage. Sie sind kein Gamechanger, sondern tragen in sich die Gefahr einer weiteren Eskalation.

Welche strategischen Ziele müsste die Bundesregierung verfolgen, um die Ukraine-Krise zu beenden?

Man sollte – neben Waffenlieferungen – nach Wegen suchen, um aus dem Krieg, in dem es keine militärische Lösung gibt, rauszukommen. Der ausschließliche Blick auf größere Kaliber bei unseren Waffenlieferungen ist zu verkürzt. Russland wird auch nach dem Ukraine-Krieg nicht von der Landkarte verschwinden. Im Moment ist das angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands nicht vorstellbar, aber irgendwann wird dieser Krieg zu Ende sein, und irgendwann werden wir auch wieder wirtschaftlich mit Russland zusammenarbeiten.

Oder es droht ein neuer langer Kalter Krieg...

Aus unserer Interessenlage heraus sollten wir eine Neuauflage des Kalten Krieges in Europa vermeiden. Damals hatten wir eine Frontlinie von 800 Kilometern durch Mitteleuropa, mitten durch Deutschland. Heute würde sie die drei- bis vierfache Länge betragen. Bislang gibt es verschiedene Friedensinitiativen: aus China, der Türkei oder



Angela Merkel und der sicherheitspolitische Berater der Bundeswehr, Erich Vad, im Jahr 2000

ZUR PERSON

Erich Vad, Jahrgang 1957, ist Unternehmensberater, Sicherheits- und Militärexperte, Publizist und Buchautor. Der Brigadegeneral a.D. war von 2006 bis 2013 Gruppenleiter im Bundeskanzleramt, Sekretär des Bundessicherheitsrats und Militärpolitischer Berater der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel. In diesen Tagen erscheint sein neues Buch „Abschreckend oder erschreckend? Europa ohne Sicherheit“ im Westend-Verlag.

Diese zweite Säule der auch in den Hochzeiten des Kalten Krieges bewährten Harmel-Doktrin der Nato fehlt komplett mit Blick auf den Ukraine-Krieg. Die militärische Lage in der Ukraine ist weit weg von einer militärischen Lösung. Sie ist so, wie es der von Selenskyj gefeuerte frühere ukrainische Generalstabschef Walerij Saluschnyj beschrieben hat: Es ist eine Pattsituation – und das ist beschönigend umschrieben.

Der Krieg in der Ukraine hat sich zu einem Stellungskrieg entwickelt, in dem Soldaten auf beiden Seiten regelrecht verheizt werden. Wie würde ein realistischer Weg aus der Eskalationsspirale aussehen?

Ein realistisches Ausstiegsszenario sehe ich derzeit nicht mehr. Bei der sogenannten Schweizer Friedenskonferenz im Juni sind die wesentlichen Akteure China und Russland nicht vertreten. Auch die USA schicken nur Vertreter aus der zweiten Reihe. Die größten Vermittlungschancen im Ukraine-Krieg räume ich derzeit China ein. Peking könnte es am ehesten gelingen, zwischen Kiew und Moskau zu vermitteln. Die USA sind unter anderem wegen der Präsidentschaftswahl zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Das kann sich mit einer möglichen Wiederwahl von Donald Trump am 5. November ändern.

Die chinesische Regierung erklärt, der Krieg in der Ukraine sei eine europäische Angelegenheit. Sollten nicht die Europäer in der Lage sein, einen Frieden zu vermitteln?

Ja, eigentlich wäre die Beendigung eines Krieges in Europa eine genuin europäische Aufgabe. Aber machtpolitisch betrachtet liegen die Schlüssel für einen Waffenstillstand in Washington, Moskau und Peking. Deutschland könnte dazu beitragen. Für den Westen, der ausschließlich auf Waffenlieferungen setzt, die militärisch nicht zur Wende des Krieges führen, ist das jetzt eine sicherheitspolitisch riskante Situation. Von dem Zeitpunkt an, in dem es China gelingt, einen Waffenstillstand in der Ukraine auszuhandeln, ist China nicht nur eine eurasische, sondern es wird damit auch eine europäische Macht. Dann wird an China kein Weg mehr vorbeiführen, auch was die europäische Sicherheit angeht.

Der Beginn des 21. Jahrhunderts wird durch die Konkurrenz der Supermächte USA und China geprägt. Der Indopazifik wird zum wichtigsten Aufmarschgebiet eines sino-amerikanischen Großkonflikts. China rüstet enorm auf und beharrt auf seinem Einflussgebiet. Wie groß ist die Gefahr einer Eskalation in dieser Region?

Es ist gefährlich. Die Chinesen können nicht anders, als ihren Einfluss im südchinesischen Meer und um Taiwan zu verteidigen. Sie werden dort genauso kompromisslos sein wie die Russen mit Blick auf die Krim und den Landzugang Russlands zur Krim und zur Schwarzmeerregion. China muss da aus seiner Sicht hart bleiben. Genauso wie der amerikanische Präsident John F. Kennedy 1962 während der Kubakrise hart bleiben musste. Er konnte nicht zulassen, dass die Sowjets Atomraketen auf Kuba stationieren.

Die Karibik ist für die Amerikaner gleichbedeutend wie die Krim

„Der Westen braucht militärische Abschreckung und Diplomatie“

Der frühere Brigadegeneral Erich Vad warnt vor Militärschlägen auf russisches Territorium. Das Risiko der nuklearen Eskalation steige, sagt er

INTERVIEW: SIMON ZEISE

der Schweiz. Aus Deutschland und von der EU ist nichts gekommen. Wir spielen brav die Unterstützerrolle für die Nato. Nicht mehr und nicht weniger. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges wurde militärische Stärke immer mit Interessenausgleich, Dialogbereitschaft und vertrauensbildenden Maßnahmen flankiert.

Politiker, die auf Abrüstung und Ausgleich setzen, sind rar gesät. Sie waren in hochrangiger Position als militärischer Berater von Bundeskanzlerin Merkel tätig. Welche Fähigkeiten vermissen Sie in der Ampelregierung?

Zunächst einmal: einheitliches Denken in der Koalition und daraus folgend einheitliches Handeln

innerhalb der Regierung. Ohne Scholz' abwägendes Handeln hätten wir doch klaren Militarismus. Eine verantwortliche Außenpolitik sieht anders aus. Sie muss gerade in Konflikten und Kriegen auf Interessenausgleich ausgerichtet sein, nicht auf das Anheizen von bestehenden Konflikten zwischen Nationen zum Wohl der eigenen,

scheinbar wertorientierten Hypermoral, die bei genauem Hinsehen oft Doppelmoral ist.

Was uns mit Blick auf den Ukraine-Krieg fehlt, ist eine ausgewogene Balance zwischen militärischer Abschreckung und Waffenlieferungen einerseits sowie dem Versuch, über Diplomatie und Verhandlungen aus dem Krieg herauszukommen.



Der ukrainische Präsident Selenskyj mit Olaf Scholz im Mai 2023 in Deutschland KAY NIETZEL/DPA



Gerhard Schröder (r.) mit Wladimir Putin auf Schloss Gottorf im Jahr 2004 THOMAS KÖHLER/IMAGO

für die Russen und wie das Südchinesische Meer mit Taiwan für China. Wenn die Amerikaner Taiwan für unabhängig erklärten, dann gäbe es einen dritten Weltkrieg. Das wissen die Amerikaner auch. Deswegen gehen die Auseinandersetzungen bislang auch nicht über bloßes Säbelrasseln hinaus.

Die Nato expandiert weit nach Osteuropa. Wie weit sollte die Einfluss-sphäre des Bündnisses reichen?

Ich glaube, wichtig ist mit Blick auf die 75-jährige Erfolgsgeschichte der Nato, dass wir ein defensives Bündnis bleiben. Das sind wir auch vertraglich. Das Nato-Bündnis ist geografisch klar definiert. Von daher gibt es erst mal keinen Grund, über militärische Aktivitäten im Fernen Osten nachzudenken, obgleich Deutschland als Welthandelsmacht an der Sicherung überseeischer Transportwege ein Interesse haben sollte. Aber der verfassungsgemäße Kernauftrag der Bundeswehr ist und bleibt die

Eindämmung Chinas stark. Des Weiteren liegt der Fokus der Amerikaner auf dem Nahen und Mittleren Osten, erst dann kommt Europa. Für die Nachkriegsordnung in der Ukraine und Europa scheinen sich die USA wenig zu interessieren. Im Prinzip haben die Amerikaner recht: Den Ukrainekrieg zum Ende zu bringen, ist im Grunde ein europäisches Business.

Die Politik der Zeitenwende hat auch die Debattenkultur in Deutschland verändert. Wer sich für eine Friedenslösung einsetzt, wird oft als Putin-versteher abqualifiziert. Welche Rolle spielt die Öffentlichkeit bei der Kriegführung?

Die öffentliche Meinung ist nach Clausewitz Teil des sogenannten Informationskrieges. Um die Bevölkerung für den Krieg zu begeistern und bei der Stange zu halten, braucht es eine klare Zuschreibung von Freund und Feind. Carl Schmitt hat das als die Essenz des Politischen bezeichnet. Dafür wird er kritisiert, obwohl

„Die militärische Lage in der Ukraine ist weit weg von einer militärischen Lösung.“

wir es beinahe täglich vorexerziert bekommen. Das Problem ist, dass der Ukrainekrieg sowohl im Westen wie in der Ukraine über die Köpfe der Menschen hinweg geführt wird. In Russland sowieso. Die Umfragen bei uns sind eindeutig, ebenso die nicht mehr zu übersehende Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung, zwischen Regierungspolitik und dem Willen der meisten Menschen, hierzulande wie in der Ukraine.

Die Bundesregierung war frisch im Amt, als die russische Invasion in der Ukraine begann. Glauben Sie, dass die russischen Militärstrategen auf die Schwäche der Ampelkoalition gesetzt haben?

Ich glaube schon, dass es Kalkül von Putin war, zu warten, bis die Bundestagswahl 2021 vorbei ist. Angela Merkel muss man zugutehalten, dass sie immer einen direkten Draht in den Kreml hatte und hielt. Trotz aller Divergenzen haben Berlin und Moskau stets miteinander kommuniziert. Trotz des Krieges gibt es auch heute Kommunikationskanäle zwischen dem Weißem Haus und dem Kreml. Das ist gut so. Ich hoffe, dass auch die Bundesregierung den Draht nach Moskau nicht abreißen lässt.

Kämen für eine erste Kontaktaufnahme mit Russland andere Persönlichkeiten in Betracht?

Kaum einer hat so viel Wissen und politische Erfahrung im Umgang mit Russland wie Gerhard Schröder und Angela Merkel. Warum nutzen wir nicht dieses bei keinem anderen westlichen Land vorhandene politische Potenzial für entsprechende Sondierungen mit Peking und Moskau, um aus dem Krieg herauszukommen? Das ist politisch zielführender als – nolens volens – die russisch-chinesische Allianz zu festigen durch Kriegsrhetorik und Waffenlieferungen, die keine Kriegswende bringen. Oder möchten Sie allen Ernstes auf einen wie immer gearteten Ukraine-Deal zwischen Donald Trump und Wladimir Putin warten?



Ein Tornado-Kampfflugzeug der Bundeswehr trägt Taurus-Marschflugkörper.

ANDREA BIENERT/DPA

Landesverteidigung. Übrigens hat die Bundeswehr derzeit die kleinste Marine ihrer Geschichte. Vielleicht sollten wir mal überlegen, ob wir uns nicht ein bisschen überheben, wenn wir militärisch im Indopazifik Flagge zeigen.

Deutschland verfolgt keine unmittelbaren Sicherheitsinteressen im Indopazifik. Für die USA hingegen liegt dort das kommende Aufmarschgebiet, weil sie den Aufstieg Chinas verhindern wollen. Gerät die deutsche Marine in gefährliches Fahrwasser?

Wie schon erwähnt, Stichwort kleinste Marine: Wir stehen in Europa vor großen Herausforderungen. Wie wird die Lage in der Ukraine sein, wenn der Krieg einmal vorbei sein wird? Es muss eine Nachkriegsordnung installiert werden, in der es eine Tausende Kilometer lange Landgrenze zu Russland mitzusehen gilt. Der Pazifik wird ein Schwerpunkt der Amerikaner bleiben. Sowohl Biden als auch Trump machen sich für die



27. Mai 2024: Ein Feuerwehrmann inspiziert eine von russischen Bomben getroffene Landmaschinenfabrik in Charkiw. NICOLAS CLEUET/IMAGO

Blick nach Nahost

Eine Zukunft für Gaza ohne Hamas – und ohne Israel



KRISTIN HELBERG

In Gaza verbrennen Frauen und Kinder in ihren Zelten, verschleppte Israelis werden tot geborgen, die etwa 120 lebenden Geiseln leiden in den Tunneln der Hamas.

Die Welt verzweifelt an ihren eigenen Regeln, nichts scheint das Sterben stoppen zu können – nicht der UN-Sicherheitsrat, nicht der Internationale Gerichtshof mit Eilmaßnahmen, nicht der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof mit seinem Antrag auf Haftbefehle. Die auf wackeligen Füßen gebaute regelbasierte Weltordnung steht vor dem Zusammenbruch, weil ihre Verteidiger das Völkerrecht nicht nur gegen Terroristen, sondern auch gegenüber einem demokratisch legitimierten Verbündeten durchsetzen müssen.

Dabei gäbe es einen Ausweg: ein Geiselaikommen zu den Bedingungen der Hamas mit einem Nachkriegsgaza ohne Hamas – und ohne Israel. Die Islamisten fordern, was die Welt inzwischen auch will: ein Ende des Krieges. Sie sind seit längerem bereit, alle Geiseln freizulassen, wenn Israel seine Militäroperation in Gaza einstellt und sich zurückzieht. Diesen Schritt als Sieg Israels zu verkaufen („ein 7. Oktober kann sich nicht wiederholen“) und die Hamas auf politischem Weg zu entmachten, ist die eigentliche Herausforderung, an der die amerikanische Regierung gerade arbeitet.

Noch lehnt Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu dieses Szenario ab. Er möchte nur eine vorübergehende Feuerpause, um einige der Geiseln – Frauen, Kinder und Ältere – zurückzuholen und anschließend weiterzukämpfen. Die Angehörigen sprechen deshalb von einer „bewussten Entscheidung der Regierung, Geiseln zu opfern“. Diese waren noch nie die Priorität Netanjahus, er hält lieber an seinem planlosen Totaler-Sieg-Paradigma fest. Mit dieser Formel kann der Premier den Krieg auf unbestimmte Zeit verlängern („sieben Monate mindestens“), seine messianischen Siedlerminister von der Wiederbesiedlung Gazas fantasieren lassen und sein politisches Überleben sichern.

Nur die Hamas kann er damit nicht besiegen, denn Kämpfen ohne politische Strategie ist sinnlos, das haben acht Monate Krieg schmerzhaft gezeigt. Wo immer sich israelische Streitkräfte aus einem eroberten Gebiet in Gaza zurückziehen, formiert sich die Hamas neu.

Entsprechend groß ist der Frust bei den Soldaten und in der Armeeführung, beim Verteidigungsminister Yoav Galant und dem Kriegskabinettsmitglied Benny Gantz, in den USA, Europa und der arabischen Welt. Sie alle sind sich einig: Es braucht einen Plan für den Tag danach, eine palästinensische Alternative zur Hamas, die Glaubwürdigkeit im Innern und Unterstützung von außen hat und in Gaza übernimmt, wenn Israel abzieht. Eine solche Technokratenregierung könnte mithilfe einer von den USA angeführten multinationalen Truppe die öffentliche Ordnung wiederherstellen, die Hamas und andere Extremisten von der Macht fernhalten, den Wiederaufbau Gazas organisieren und Sicherheit für Israel erzeugen.

Länder wie Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko und Saudi-Arabien werden sich in Gaza allerdings nur engagieren, wenn Israel Kontrolle abgibt – im Gegenzug müssten Amerikaner und Europäer einen (schmuggel-)freien Waren- und Personenverkehr garantieren. Israels Verbündete wiederum werden sich nur beteiligen, wenn die Hamas keine Rolle spielt – dafür müsste die Palästinensische Autonomiebehörde jüngere und integere Politiker ans Ruder lassen. Geiselaikommen plus Nachkriegsordnung lautet die Formel: Eine Zukunft für Gaza könnte beginnen, wenn alle Geiseln im Tausch für eine dauerhafte Waffenruhe freikommen und sowohl die Hamas-Herrschaft als auch die israelische Besatzung enden.

Kristin Helberg ist Journalistin und Politikwissenschaftlerin. Sie berichtete sieben Jahre aus Damaskus, hat mehrere Bücher zu Syrien geschrieben und arbeitet heute als Autorin, Nahostexpertin und Moderatorin in Berlin.